

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. S. v. Hoffstetten und J. S. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. sidd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bower, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 23. November.

Der Herr Bischof von Mainz, Freiherr von Ketteler, hat zu Mainz, bei Gelegenheit der Festfeier des dortigen Gesellenvereins, eine Rede gehalten, welche ebenso sehr wegen ihres Inhalts wie wegen der Stellung des Redners, Beachtung in weitesten Kreisen verdient. Wir finden in dieser Rede u. A. Bemerkungen über die social-demokratische Richtung und insbesondere über den „Social-Demokrat“, welche unsere Verwunderung erregen mußten und auf die wir daher zurückkommen werden. Für heute begnügen wir uns damit, unsern Lesern die Rede, so weit sie nicht lokale Angelegenheiten, sondern allgemeine Fragen betrifft, nachstehend mitzutheilen:

Selbsthilfe und Staatshilfe sind die beiden Schlagworte, nach denen sich zwei Parteien unterscheiden, welche dem Arbeiter helfen wollen. Zur Erlangung und Erhaltung der meisten, ja beinahe aller Güter des Menschlichen reicht aber die Selbsthilfe nicht aus. Der Mensch ist in der Gesellschaft geboren und von Natur aus fortwährend auf die Gesellschaft angewiesen. Nicht der Selbsthilfe verdankt er das Leben, nicht durch Selbsthilfe wird er erzogen und gebildet, nicht der Selbsthilfe vertraut er die Gesundheit an, nicht unter den Schutz der Selbsthilfe ist sein Leben, seine Ehre, sein Eigenthum gestellt. Je gebildeter eine Nation ist, desto mehr hängt der Mensch in allen seinen Verhältnissen von Tausenden von Händen ab. Die Thiere des Waldes dagegen sind ausschließlich auf Selbsthilfe angewiesen. Die Selbsthilfe charakterisirt zunächst uncivilisirte Zustände und es muß deshalb Jedermann frappirt werden, wenn eine Partei dieses Wort unaufhörlich im Munde führt, welche die socialen Zustände der Gegenwart verbessern will. Es zeigt darum von großer Einseitigkeit, alles Heil von der Selbsthilfe zu erwarten und das System dieser Partei bleibt einseitig, wenn auch die Modification „genossenschaftlicher Selbsthilfe“ hinzukommt.

Aber auch die Verheißungen der anderen Partei sind nicht geeignet, dem Arbeiter viel Trost zu bieten. Sie versprechen Hilfe für die Zukunft. Ihre Staatshilfe kann erst eintreten, wenn große politische Fragen im Sinne Lassalle's gelöst worden sind. Ob und wann dies geschehen wird, ist der Partei selbst ein Räthsel, und sie selbst legt nur geringen Werth auf Alles, was mittlerweile vor Lösung jener Frage für den Arbeiter geschehen kann. Ferner ist es dem „Social-Demokrat“, dem Organe dieser Partei, bis heute noch nicht gelungen, über die Art und Weise wie diese Staatshilfe geleistet und wie dadurch dem Arbeiter geholfen werden soll, mit sich selbst in's Reine zu kommen und für seine Pläne und Absichten einen klaren und durchsichtigen Ausdruck zu gewinnen. Bis die Arbeiter von dieser Seite Hilfe erwarten dürfen, müssen sie noch lange ruhig zuwarten. Inzuvor muß unsere ganze sociale Ordnung, müssen alle die tausendjährigen Anschauungen und Einrichtungen über die Rechte, Eigenthums, Erbschaftsverhältnisse u. s. w. in dem civilisirten Europa umgestürzt und von Grund aus eine neue Ordnung der Dinge geschaffen und ein bis jetzt noch gespensterhaftes Project von „Arbeiterstaat“ realisirt werden. Es ist leicht begreiflich, wenn denkende Menschen die Ausfüh-

rung derartiger Pläne für unmöglich, geschweige denn für wahrscheinlich halten. Mit solchen Ansichten wird es aber nicht gelingen, den Arbeiter zufrieden zu stellen.

Selbsthilfe und Staatshilfe, beides ist berechtigt, beides ist notwendig, wenn dem Arbeiter geholfen werden soll. Das System, welches das Eine vom Anderen trennt, leidet an Einseitigkeit; wer aber meint, die Vereinigung beider Elemente genüge zur Lösung der Arbeiterfrage, ist gleichfalls auf dem Irrwege. Selbsthilfe und Staatshilfe, auch zusammen genommen, gehört weder zu den einzigen, noch zu den wichtigsten Mitteln, die der Noth des Arbeiters Einhalt thun.

Sittlichkeit und Religion ist das Erste und Nothwendigste zur Hebung des Arbeiterstandes. Ein System ohne diese beiden Grundpfeiler ist höchst oberflächlich; bleibt fruchtlos, oder wenigstens ein Stückwerk, das nur Einzelnen und mangelhafte Abhilfe schafft. Ohne Sittlichkeit und Religion ist ein geordnetes Familienleben im Arbeiterstande unmöglich, und ohne Familie gehen beide Geschlechter des Arbeiterstandes sammt ihren Kindern unrettbar dem Verderben entgegen. Es ist Täuschung, wenn man glaubt, dem Arbeiter sei geholfen, wenn sein Tagelohn nicht bloß dem Scheine nach, sondern in Wirklichkeit erhöht wird. In Frankreich herrscht vielfach die größte Armuth gerade unter jenen Arbeitern, welche den besten Tagelohn haben, weil ihnen Sittlichkeit und Religion fehlen.

Auch die Selbsthilfe ist notwendig. Der Arbeiter muß für sich und die Seinigen und ihre Zukunft sorgen, so gut er kann und es vermag. Er muß thätig sein, er muß sparsam sein, er muß sein Geschick verstehen. Genossenschaftliche Selbsthilfe ist notwendig. Wie es früher war, so müssen Meister und Geselle, so müssen die Gewerke und gleichartigen Interessenten sich zusammenfinden, vereint ihre gleichartigen Interessen vertreten. So lange Jeder vereinzelt steht, ist es eine Sache der Unmöglichkeit, dem ganzen Stande unter die Arme zu greifen. Aber auch hier lenne ich kein stärkeres Motiv, um den einzelnen Arbeiter zur Arbeitsamkeit, zur Sorge für die Seinigen in allen häuslichen Tugenden anzutreiben, als die Religion, und ebenso führt nichts die Menschen leichter zusammen und einigt sie fester und inniger und erlöst sie schneller von dem Banne des Egoismus, welcher jedes Zusammenhalten zerstört, als die Religion.

Sittlichkeit und Religion auf Seiten der Arbeiter ist notwendig, reicht aber nicht aus. Auch der Arbeitgeber, kurz die ganze Gesellschaft muß davon durchdrungen werden, daß es noch höhere Interessen giebt, als Kapital und Profit. Nicht der Egoismus darf in der Volkswirtschaft einzig und allein maßgebend sein; das menschliche Gefühl und christliche Herz muß mit in Berechnung gezogen werden. Eine materialistische Volkswirtschaft, welche mit den Kräften und Bedürfnissen der Menschen als Maßgrößen nur nach mathematischen Gesetzen rechnet und den Menschen behandelt, wie eine Maschine, kann nur Maschinen, aber niemals dem vernünftigen Menschen helfen, wie er leidet und lebt.

Aber auch Religion und Sittlichkeit allein reichen nicht aus, um die Arbeiterfrage zu lösen. Gewiß der Staat muß mithelfen, die Kirche muß helfen, die Gemeinde muß helfen, Alles muß die Hand dazu reichen, um den Stand vor dem Verderben zu schützen, vor dem der Zahl nach alle anderen Stände zusammen genommen beinahe verschwinden, und der durch seine Bedeutung in der Gesellschaft jedem anderen Stande völlig gleichkommt. Für den Staat, für die

ganze Gesellschaft kann es in unseren Tagen kaum ein höheres Interesse geben, als den Arbeiterstand vor dem Verderben zu bewahren. Wenn der Staat sich verpflichtet hält, große und wichtige Unternehmungen durch Staatshilfe zu unterstützen und zu befördern, dann darf er sich auch der Unterstützung des Arbeiterstandes nicht entziehen. Wenn humane, echt christliche Grundzüge die Gesellschaft mehr und mehr durchdringen, wenn der Arbeiterstand sich organisiert und organisiert wird, dann wird auch der Staat und die Gesetzgebung auf das Wohl und Wehe der Arbeiter Rücksicht nehmen müssen.

Der „Social-Demokrat“ macht seiner Gegenpartei den Vorwurf, daß sie den Arbeiter mit ihrer Aufführung täusche, ihm den Himmel entziehe, die Erde aber sein lässe sich behalte, und verspricht dann durch sein System, dem Arbeiter den Genuß der Güter der Welt zu ermöglichen. Der Unterschied ist klein — Täuschung ist haben und drücken. Eine christliche Volkswirtschaft ist nicht in der glücklichen Lage, allen Menschen ein Paradies auf Erden zu bieten und verspricht auch nicht, was mit der ganzen Geschichte des Menschen im Widerspruche steht. Nein, selbst wenn Alles geschieht, was geschehen kann, und die schreienden Mißverhältnisse, welche Gott sei Dank, in Deutschland noch weniger entwickelt sind, als anderswo, beseitigt sind, werden wir immer noch Reiche und Arme, Gesunde und Kranke, Begabte und Unbegabte, Glückliche und Unglückliche u. s. w. unter uns haben, die Gelegenheit bieten, die Werke der christlichen Nächstenliebe und Barmherzigkeit zu üben.

Deutschland.

* Berlin, 23. Nov. [In der Drohnotengeschichte] soll, wie der „Köln. Ztg.“ von hier telegraphirt wird, die preussische Regierung „ihre Stellung aufrechterhalten.“ Die Unterhandlungen mit Wien über diesen Punkt würden fortgesetzt und anderweitig verlautet, der preussische Gesandte in Wien, Baron Werther, werde hier erwartet und sei vielleicht schon eingetroffen. Bei all dem aber scheint die ganze Sache doch auf dem besten Wege sanften Einschlafens zu sein.

[Die Anerkennung Italiens durch die Mittelstaaten] wird von der neuesten „Prov. Corr.“ als ein Sieg der preussischen Politik hingestellt. Es heißt da:

Die preussische Regierung unterließ es nicht, den Zollvereins-Regierungen die Lage der Dinge eingehend auseinanderzusetzen und ihnen zugleich die Dringlichkeit eines Handelsvertrages mit Italien an's Herz zu legen. Eine lange Zeit fanden indeß diese Vorstellungen bei den deutschen Regierungen kein geneigtes Gehör. Endlich hat man sich jedoch in einigen der deutschen Staaten der Erkenntniß des Richtigen, so wie dem immer lauter werdenden Verlangen der gewerblichen Bevölkerung nicht länger entziehen können und hat sich deshalb entschlossen, die bisher einem Handelsvertrage mit Italien entgegenstehenden Hindernisse hinwegzuräumen.

Ebenso begrüßt die „Prov. Corr.“ die letzte Erklärung der Mittelstaaten beim Bunde, als ein Zeichen, daß dieselben ihre Ohnmacht den „beiden Vormächten“ gegenüber eingesehen hätten.

[Armeereductionen betreffend] schreibt die „Prov. Corr.“, anknüpfend an das hervorge-

tretenen Verlangen, Preußen möge dem Beispiele Frankreichs folgen:

Unsere Regierung wird gewiß nicht anstehen, dem Beispiele anderer Staaten und zuvörderst Frankreichs zu folgen, wenn dort eine wirkliche und wesentliche Verringerung des stehenden Heeres eingeführt wird. Bevor jedoch Forderungen und Erwartungen in jener Richtung erweckt werden dürfen, gilt es, sorgfältig und gewissenhaft zu prüfen, inwiefern in den angekündigten Maßregeln eine nennenswerthe Verminderung des französischen Heeres zu finden ist.

Es wird sodann ausgeführt, daß die ganze französische Reduktion höchstens 10,000 Mann betrage, und in der That, wenn weiter kein Grund zur Reduktion vorläge, als die betreffende französische Anordnung, so wäre das Verlangen nach einer Armeeverminderung in Preußen nicht sonderlich begründet. Die „Prov. Corr.“ meint dann, schon aus diesen Andeutungen möchte zu entnehmen sein, „daß die beabsichtigte Veränderung für die eigentliche Kriegsmacht und Schlagfertigkeit Frankreichs dem Auslande gegenüber schwerlich von irgend welcher Bedeutung sei, und daß es ein ungerechtfertigtes und thörichtes Verlangen sein würde, im Hinblick auf diese Maßregel irgendwie an den Einrichtungen des preussischen Heeres zu rütteln.“

[Die Gerüchte über Veränderungen im preussischen Ministerium betreffend] behauptet die „Prov. Corr.“:

Diese Gerüchte, welche von einzelnen Blättern in letzter Zeit wieder mit großer Belesenheit verbreitet werden, entbehren aller und jeder Begründung. Weder innerhalb der Staatsregierung, noch in den der Regierung nahe stehenden Kreisen ist irgend eine Meinungsverschiedenheit über die Behandlung der schwebenden Fragen hervorgetreten, welche zu jenen Gerüchten hätte einen Anlaß oder Vorwand bieten können. Die Angaben sind von den betreffenden Zeitungs-Correspondenten rein aus der Luft gegriffen.

[„Einschreiten.“] Wie die „Kreuztg.“ hört, steht in nächster Zeit ein „Einschreiten“ gegen mehrere hiesige Correspondenten auf Grund ihrer unzweifelhaften Autorität gebührender und theilweise landesverrätherischer (!) Artikel in Provinzialzeitungen und auswärtigen Blättern bevor.

[Aus preussischen Abgeordnetenkreisen] hört man, daß einige und darunter einflussreiche Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses sich in der nächsten Session nicht mehr auf den sogenannten passiven Widerstand der Regierung gegenüber zu beschränken, sondern auch ihrerseits mit positiven Vorschlägen zum weiteren, vollständigen Ausbau unserer Verfassung hervorzutreten gedenken. So dürfte wohl, ohne Zweifel in Folge der Arbeiteragitation, das allgemeine directe Wahlrecht mit geheimer Abstimmung einer der ersten Punkte sein, auf die sie ihr Augenmerk richten würden. Es ist jedoch klar, daß auch durch solche „positive Vorschläge“ an der Lage der Dinge nichts geändert würde. — In Bezug auf das Budget hat sich unter einer großen Anzahl von Mitgliedern der Fortschrittspartei die Meinung geltend gemacht, daß dasselbe gar nicht beraten werden dürfe, wenn die Regierung fortjähre, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses unbeachtet zu lassen. Die Abgeordneten Loewe (Galbe) und Fackler haben diesen Standpunkt bereits in Adressen hiesiger Bezirksvereine vertheidigt, für den auch viele Mitglieder des linken Centrums gewonnen sind.

[Confiscation.] Das gestrige Morgenblatt der „Nationalzeitung“ (Nr. 547) ist gestern Nachmittags 3 Uhr in den noch auf der Expedition vorhandenen 18 Exemplaren ohne Angabe des Grundes polizeilich mit Beschlag belegt worden. Der Leitartikel betraf die beiden Verordnungen über das Herrenhaus.

[Adresse an Herrn Professor Böck.] Nachstehende Adresse circulirt gegenwärtig unter den Wahlmännern des ersten Berliner Wahlbezirks, welche am 24. Novbr. dem Nestor der philologischen Wissenschaft, dem ehrwürdigen Herrn Professor Böck, zu seinem achtzigjährigen Geburtstag überreicht werden soll:

Die Wahlmänner des ersten Berliner Wahlbezirks an Herrn Geheimrath Professor Dr. Böck.
Hochgeehrtester Herr! Die unterzeichneten Wahlmänner des ersten Berliner Wahlbezirks bringen Ihnen heute ihren wärmsten Glückwunsch zu Ihrem 80sten Geburtstage

dar. Möge Ihnen die körperliche Kraft und die geistige Frische, die wir so glücklich sind, heute an Ihnen bewundern zu können, lange noch erhalten bleiben zu Ihrer und der übrigen Freude, zum weiteren Gedeihen der Wissenschaft, in der Sie so Großes geleistet, zur Förderung der Jugend, die Ihnen so vieles verdankt und zur Ehre der Nation, die stolz ist auf den Ruhm, den Ihre Arbeiten in der ganzen gebildeten Welt geerntet haben. Anderen, die an Ihren Arbeiten unmittelbar Theil genommen haben, steht es besser an, als uns, Ihnen für diese Arbeiten zu danken. Wir aber, die wir mit Ihnen nur die Ehre theilen, von dem Vertrauen der Mitbürger mit der Wahl ihrer Vertreter betraut zu sein, wir fühlen uns besonders gedrungen, Ihnen den Dank dafür auszusprechen, daß Sie über den großen Gesehnen niemals den Bürger vergessen haben, daß Sie vielmehr mit demselben Eifer, mit derselben Treue, die Sie auf die Ruhm und Ehre gewährenden Arbeiten für die Wissenschaft gewandt haben, auch die Pflichten des einfachen Bürgers bei den Wahlen erfüllt haben.

Freudig und dankbar erkennen wir darin in Ihnen den wahren Vertreter des großen Gedankens, der zu der Gründung der Universität Berlin mitten in der größten Noth des Staates geführt hat. Die Vereinigung der lebendigen Liebe für das Vaterland und die Freiheit und des strengen Sinnes für das Recht, verbunden mit der mühevollen und andauernden Arbeit für die Wissenschaft und der treuen Pflege eines edlen und freien Geistes in den Schülern, das war der Geist, von welchem die großen Staatsmänner jener Zeit die Rettung des tiefgesunkenen Staates erwarteten und von welchem dann auch die Erhebung des Volkes zum Siege geführt ist. Sie, hochverehrter Herr, haben seit der Gründung der Universität in diesem Sinne an ihr gearbeitet, Sie haben sich zu diesem Geiste immer fest und offen bekant, selbst in den schwersten Zeiten, als Noth und Sorge, ja schwere Gefahren die treuen Befolger bedrohten, und noch heute vertreten Sie ihn in dem Kampfe um das Recht und die Freiheit des Volkes. Für die schöne Beispiel, das Sie der Mit- und Nachwelt gegeben haben, danken wir Ihnen und in diesem Sinne bringen wir Ihnen unsere wärmsten Glückwünsche heute dar.

Berlin, den 24. November 1853.

Auch der Verein der Berliner Presse bereitet eine Adresse an den Jubilar vor und hat seinen Vorstand mit der Ueberreichung beauftragt, wie es denn überhaupt an den verdienten Huldigungen bei dieser Gelegenheit nicht fehlen wird.

[Aus Kassel] wird berichtet, sicherem Vernehmen nach, sei der gegenwärtige Justizminister Abee, der vor kurzem das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abgegeben hatte, seit dem 21. d. wieder mit der Vernehmung dieses Ministeriums beauftragt worden.

[Aus Nassau] wird gemeldet, daß die Abgeordnetenkammer gestern mit 16 gegen 4 Stimmen die Abschaffung der Jagdrechte auf fremden Grund und Boden ohne Ablösung beschlossen hat.

Wien, 21. Nov. [Zu den Landtagswahlen in Ungarn] schreibt man der „Presse“ aus Pest, 20. November:

Die Aufregung der Bewohner Pest's ist immer im Zunehmen begriffen; man befürchtet am 23. d., als am Wahltag, arge Exzesse. Während in Ofen der Wahlact in schönster Ruhe vor sich ging, und Baron Göbös und sein Freund Peter Rath, Aposcheler in Ofen, mit Acclamation gewählt wurden, trachten die Pesther Parteien alle Candidaten durchzubringen; so rüht sich die Partei Gorove's heute schon 1000 Stimmen sicher zu sein, obwohl die Schwarzianer auch 1000 Stimmen zählen; da jedoch nur 1545 Wähler concurrenzt wurden, so ist es natürlich, daß irgend eine Partei schlecht geredet hat. Soviel steht fest, daß täglich die Mitglieder der Partei Gorove's an Zahl abnehmen. Militär soll am Wahltag requirirt werden, indem man von Seite der Schwarzianer Partei Demonstrationen befürchtet. Am Wahltag wird dieselbe um 8 Uhr mit wehenden Fahnen und klingendem Spiel in die Schießstätte, wo das Wahlcomité sich befindet, in Begleitung von 50 Berittenen ausrücken. Dann folgen die Wähler, mehrere Säusten tragend, worin die Greise und Kranken sich befinden werden. — Heute Abends versammeln sich die Parteien in der Schießstätte und in dem Antersaal zu einer Probewahl. — Die letzte Nummer des „Angarischen Fremdenblattes“, welche für Schwarzianer Partei ergriff, wurde confiscirt, hingegen ein hiesiges Witzblatt, das die Schwarzianer eben nicht schmeichelt hinsetzt, anstandslos ausgegeben. Voransichtlich werden Deak, Szentkiralyi, Dorvath, Karl Rath und Gorove gewählt.

* **München, 22. Nov.** [Musterstaatliches.] Die bayerische Ministerkrißis nimmt allmählich wahrhaft kirchliche Dimensionen an, und die Schwierigkeiten, für Hr. v. Neumayr einen Nachfolger zu finden, scheinen so groß zu sein, daß es

neuerdings bald von diesem bald von jenem Minister verlangt, daß er gleichfalls seinen Abschied nehmen wolle. (Nur Hr. v. d. Pfordten und Hr. v. Bombard lassen alle diese Gerüchte fest im Sattel sitzen.) Der Grund jener Verzögerung wird dahin angegeben, daß der junge König nicht geneigt sei, Hr. v. Neumayr einen reactionären Nachfolger zu geben, und daß er mit Rücksicht auf die sonstige Zusammensetzung des Cabinets keinen liberalen Nachfolger finden kann. Der Artikel des „Nürn. Anzeigers“, welcher in so energischer Weise gegen die in Bayern bestehende Cabinets-Regierung zu Felde zieht, und durch die Münchener „Neuesten Nachrichten“, die ihn nachgedruckt haben, weiter verbreitet wurde, erregte im ganzen Lande allgemeines Aufsehen; jetzt erst gingen vielen die Augen auf, daß man die gesegneten constitutionellen Zustände des Musterstaates Bayern nur deshalb immer loben höre, weil sich bis da kein Tadler fand, der es wagte, mit offener Entschiedenheit gegen das bestehende Regiment zu sprechen. Jetzt ist das Wort, welches die Jungen bannte, gesprochen, und Jeder, der es mit dem Volke aufrichtig meint, freut sich desselben. Der Staatsminister der Justiz, muthete der Staatsanwaltschaft zu, gegen den „Nürnberger Anzeiger“ und die „Neuesten Nachrichten“ Auflage zu erheben, und befehligte die Beschlagnahme dieser Blätter. Da aber der Staatsanwalt — eine lebenswerthe Ausnahme von der gewöhnlichen Beamtenwillfährigkeit machend — darauf bestand, daß man ihm vom Justizministerium den Paragraphen des Preßgesetzes nenne, kraft dessen er einzuschreiten habe, ließ man, um das Aufsehen, das der Artikel überall gemacht, nicht noch zu vergrößern, von einem weiteren Vorgehen in dieser Sache ab. — Auch die „Allg. Ztg.“ findet jetzt, daß es Zeit sei, dem bayerischen Selbstbewußtsein die „Flügel zu beschneiden.“

Ausland.

* **Paris, 21. Nov.** [Tagesbericht.] Die americanischen Verhältnisse haben in den letzten Tagen die Geschäftswelt mehr als die politische beschäftigt; denn diese ist juristischer, weil bei überseeischen Krisen sie zunächst vor die Sichel kommen würde. Indes erklärt heute die „France“ zur Beruhigung ängstlicher Gemüther, daß eine so wichtige Depesche wie ein Bruch mit Washington aus anderen Quellen als aus halbforder Blättern nach Europa gelangen würde; das Ganze sei nichts als „eines jener Manöver, wozu leider die Telegraphie häufig mißbraucht werde.“ Auch in Betreff der spanisch-chilenischen Kriegserklärung lauten die neuesten Nachrichten günstiger, so daß der „Moniteur“ bereits aus guter Quelle anzeigen zu können glaubt: „Die Schwierigkeiten zwischen Spanien und Chili werden in kurzem ausgeglichen sein.“ Nach der „Patrie“ steht die spanische Regierung im Begriff, ein Circularschreiben über ihren Streit mit Chili an die Mächte zu senden. Dieses Schreiben soll die genaue Darstellung der Ereignisse, so wie die Documente enthalten, welche auf diese Angelegenheit Bezug haben. Eine Intervention der europäischen Mächte in dieser Sache scheint sicher zu sein. Vor der Hand wird der Admiral Pareja übrigens nicht angreifend vorgehen. Wie er den Commandanten der übrigen Kriegsschiffe an den Küsten Chills erklärte, wird er nicht angreifen und sich bis zum Eintreffen von Instruktionen aus Madrid auf die Blockade beschränken. — Es war schon längst von einem bauerlichen Gesetzbuch (Code rural) die Rede, das die Verhältnisse der bauerlichen Gesetgebung Frankreichs definitiv und der Gegenwart angemessen ordnen sollte. Man hatte mehrfach geglaubt, daß schon in der nächsten Session ein daraus bezüglicher Entwurf dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werden könne. Wie man jetzt jedoch verummt, sind die Vorarbeiten im Staatsrath noch nicht so weit gediehen, so daß vor dem Jahre 1867 an keine derartige Vorlage zu denken ist. — Louis Blanc, dessen jüngst erfolgte Verheirathung die Runde durch die Blätter gemacht, befindet sich gegenwärtig auf der Hochzeitsreise mit seiner jungen Frau in Paris. — Aus Compigne erfährt man, daß dort diesmal ein noch weit ungebundenerer Ton